

Die Repression in Tansania nimmt zu – Opposition, Medien und Menschenrechtsgruppen in großer Sorge

Am 3. September publizierte die größte tansanische Tageszeitung Mwananchi auf ihrer Titelseite ein schockierendes Foto. Es zeigte die Erschießung des als regierungskritisch bekannten Journalisten Daudi Mwangosi durch die tansanische Polizei am Vortag. Auf internationaler Ebene sorgte der Vorfall für Sorge und Erstaunen, gilt Tansania doch im Vergleich zu seinen afrikanischen Nachbarn als ein weitgehend stabiles und friedliches Land.

Daudi Mwangosi, Reporter des nationalen Fernsehsenders Channel Ten, hatte in einem Dorf der zentraltansanischen Region Iringa das brutale Vorgehen der Polizei gegen die Anhänger der größten tansanischen Oppositionspartei CHADEMA dokumentiert und war einem durch die Polizei bedrohten Kollegen zur Hilfe geeilt. Übereinstimmenden Augenzeugenberichten zufolge wurde Mwangosi daraufhin von mehreren Polizisten brutal zusammengeschlagen, zu Boden gedrückt und durch den Schuss einer Tränengaskartusche in den Unterleib getötet. Das Bild im Mwananchi zeigt die Szene unmittelbar vor dem tödlichen Schuss, die Authentizität des Fotos wird von mehreren Augenzeugen bestätigt und wurde von offizieller Seite nicht dementiert. Die tansanische Öffentlichkeit reagierte schockiert. Die internationale Gemeinschaft beobachtet angesichts des Vorfalls besorgt die weitere Entwicklung des Landes, das lange als ostafrikanischer Musterschüler galt. Beobachter und Kenner der politischen Entwicklung in Tansania betrachten den Tod des Journalisten dagegen keinesfalls als unglücklichen Einzelfall, sondern warnen seit Monaten vor

einer zunehmenden Repression und Eskalation staatlicher Gewalt gegen die politische Opposition und regierungskritische Zivilgesellschaft.

Insbesondere die größte tansanische Oppositionspartei CHADEMA (Chama cha Demokrasia na Maendeleo, Partei für Demokratie und Fortschritt) ist seit ihrem starken Zuwachs bei den letzten Wahlen im Oktober 2010 immer wieder Ziel von repressiven Maßnahmen und unverhältnismäßiger Gewalt der tansanischen Polizei- und Sicherheitsbehörden. Wiederholt waren dabei zahlreiche Verletzte und vereinzelt Todesopfer zu beklagen.

Staatliche Gewalt gegen Opposition nimmt zu

Bereits im Januar 2011 schlug die Polizei eine Massendemonstration gegen die gefälschte Bürgermeisterwahl in Arusha, dem Zentrum des Nordens in der Nähe des Kilimanjaro, unter Einsatz von scharfer Munition nieder. Mindest drei CHADEMA-Anhänger starben durch Schussverletzungen, weitere

¹ Das tansanische Parlament „Bunge“ besteht aus 357 Abgeordneten. CHADEMA konnte ihre Mandate 2010 von 11 auf 49 steigern, verfügt derzeit aber nur über 48 Parlamentarier, weil dem Abgeordneten von Arusha, Godbless Lema, das gewonnene Mandat 2012 in einem fragwürdigen Prozess per Gerichtsbeschluss wieder entzogen wurde. Die Regierungspartei CCM verfügt über eine Zweidrittelmehrheit.

wurden schwer verletzt. Oppositionelle Abgeordnete des nationalen Parlaments wurden zusammengeschlagen und festgenommen, die Frau des oppositionellen Präsidentschaftskandidaten Dr. Willibrod Slaa erlitt schwere Kopfverletzungen. Diese Ereignisse in Arusha waren der Auftakt einer Reihe von Vorfällen im Jahr 2011, bei denen regierungskritische Proteste und Veranstaltungen von CHADEMA gewaltsam unterbunden wurden. Bei einer hart umkämpften Nachwahl zum nationalen Parlament im Oktober 2011 in Igunga wurde Mbwana Masudi, CHADEMA-Mitglied und engagierter Wahlkämpfer für die Opposition, von Unbekannten umgebracht und verstümmelt. Im November 2011 tobten im südtansanischen Mbeya tagelang Straßenkämpfe zwischen Sicherheitskräften und protestierenden Kleinhändlern, als sich die Händler gegen die Vertreibung von ihren angestammten Verkaufsplätzen wehrten. Neben der Polizei wurden auch militärische Einheiten eingesetzt. Mehrere Menschen wurden schwer verletzt, mindestens eine Person kam durch das harte Vorgehen der Einsatzkräfte ums Leben. Vertreter der Regierungspartei beschuldigten CHADEMA, die Kleinhändler aufgehetzt zu haben, um Chaos im Land zu säen. Eine nachvollziehbare Begründung der Vorwürfe oder gar Beweise wurden allerdings nicht vorgelegt.

Die Entwicklung des Vorjahres setzte sich auch in den ersten Monaten des Jahres 2012 fort und erreichte Anfang April einen vorläufigen Höhepunkt, als in Arumeru (Kilimanjaro-Region) Nachwahlen für einen Sitz im nationalen Parlament und landesweit mehrere lokale Nachwahlen für Mandate in Stadt- und Gemeinderäten stattfanden. In der Region Mwanza wurden dabei zwei nationale Abgeordnete von CHADEMA von mutmaßlichen Anhängern der CCM angegriffen, als sie versuchten, Anzeichen einer versuchten Wahlfälschung nachzugehen. Die beiden Abgeordneten des nationalen Parlaments, Highness Kiwia und Salvatory Machedli, wurden mit Äxten und Macheten angegriffen und schwer verletzt. Informierte und in der Nähe befindliche Polizeieinheiten griffen nicht ein. In Arumeru selbst – die

Wahl wurde von CHADEMA klar gewonnen – wurde Msafiri Masudi, ein führender Lokalpolitiker der Opposition, wenige Tage nach der Wahl von Unbekannten ermordet. Obwohl es Hinweise auf die Täter und den politischen Charakter des Mordes gab, verliefen die Ermittlungen der Polizei ergebnislos.

Strategie der Verschleierung

Immer wieder kritisieren Oppositionspolitiker, dass Gewalttaten gegen CHADEMA-Mitglieder und Anhänger von den zuständigen Strafverfolgungsbehörden nicht aufgeklärt oder gar bewusst verschleppt und verdunkelt werden. Ihre Veranstaltungen würden nicht nur von den staatlichen Sicherheitskräften unterbunden, zunehmend gehe die Gewalt auch von informellen, bewaffneten Gruppierungen aus, die offensichtlich mit Rückendeckung der Behörden und Straffreiheit rechnen könnten, äußerte CHADEMAs Generalsekretär Slaa kürzlich. Man beobachte, dass immer häufiger junge Menschen aus anderen Landesteilen von der Regierungspartei engagiert würden, um CHADEMA-Veranstaltungen zu stören und Teilnehmer abzuschrecken, oder gar aus der Veranstaltung heraus als vermeintliche CHADEMA-Anhänger ein Eingreifen der Polizei zu provozieren. Die Opposition vermutet dahinter eine Strategie der Regierungspartei, um die Unterdrückung der Opposition zu verschleiern und sich international nicht angreifbar zu machen. Die Angriffe auf die Abgeordneten in Mwanza und der Tod der CHADEMA-Politiker in Igunga und Arumeru scheinen diesem Muster zu folgen.

Schwere Vorwürfe gegen den Geheimdienst

Am 9. Juli 2012 wandte sich CHADEMA im Rahmen einer Pressekonferenz mit schwerwiegenden Vorwürfen gegen Regierung und Geheimdienst an die Öffentlichkeit. Der Parteivorsitzende Freeman Mbowe warf dem Geheimdienst dabei vor, die Ermordung führender Oppositionspolitiker zu planen.

Mbowe hatte bereits am Vortag einigen Journalisten mitgeteilt, dass der tansanische

Geheimdienst Tanzania Intelligence and Security Services (TISS) Mitglieder der Parteispitze verfolge und bespitzele, um den Druck auf seine Partei zu verstärken. Er betonte, dass man sich durch diese Einschüchterungsversuche des TISS jedoch in keiner Weise beeinflussen lasse. Mbowe konkretisierte die Vorwürfe gegen den Geheimdienst, indem er über die erhaltenen Drohungen gegen drei führende Parteimitglieder detailliert Bericht erstattete. Es hätten sowohl der Generalsekretär der Partei und Präsidentschaftskandidat 2010, Dr. Willbrod Slaa, als auch der nationale Abgeordnete und Informations- und Öffentlichkeitsdirektor, John Mnyika, sowie Godbless Lema, ein derzeit per Gerichtsbeschluss suspendierter nationaler Abgeordneter, konkrete Drohungen erhalten. Diese seien auf den tansanischen Geheimdienst TISS zurückzuführen, so Mbowe. Lema, der seit seiner Suspendierung stark in den landesweiten Ausbau der Parteistrukturen eingebunden ist, habe bereits vor einigen Wochen von einer intensiven Beschattung und Verfolgung seiner Bewegungen durch ihm unbekannte Personen berichtet. Mnyika habe Warnanrufe erhalten, in denen ihm mitgeteilt wurde, es gäbe im Geheimdienst konkrete Planungen, ihn zu entführen und zu vergiften. Auch Slaa fühle sich seit Wochen unter ständiger Beobachtung und Verfolgung. Die Drohungen waren offenbar so konkret, dass CHADEMA den 31jährigen, in der jungen Bevölkerung sehr populären Abgeordneten von Ubungo / Dar es Salaam, John Mnyika, während der Sitzungswoche des Parlaments in Dodoma kurzfristig in ein anderes Hotel verlegte und unter besonderen Schutz stellte.

Der CHADEMA-Vorsitzende veröffentlichte zudem die Namen von Personen, die nach seinen Informationen federführend Geheimdienstmaßnahmen gegen CHADEMA planten und koordinierten, darunter der stellvertretende Direktor des Geheimdienstes Jack Zoka. Dieser wies die Anschuldigungen Mbowes umgehend als politisches Manöver der Opposition zurück. Als Staatsbeamter werde er sich nicht in politische Auseinandersetzungen begeben; er richte seine Arbeit strikt an objektiven Prinzipien aus. Auch von

Regierungsseite wurden die Anschuldigungen der Opposition scharf kritisiert. Der Innenminister des Landes, Dr. Emanuel Nchimbi, kritisierte, dass CHADEMA die Medien informiert habe, ohne sich vorher an die zuständigen Polizeibehörden zu wenden. Er warf der Opposition vor, mit dem Gang an die Öffentlichkeit politisches Kapital aus nicht bewiesenen Drohungen schlagen zu wollen. Nchimbi beauftragte die Polizei, den Vorwürfen der Opposition nachzugehen und Ermittlungen einzuleiten. Laut Polizeisprecher Adverso Senso laufen seit Montag, 9. Juli 2012, entsprechende Untersuchungen, über die seither in der Öffentlichkeit nichts bekannt wurde. Senso kritisierte ebenfalls, lediglich von den Medien über die Vorwürfe der Opposition informiert worden zu sein, und forderte CHADEMA zur Kooperation auf, um die gemeldeten Vorfälle so schnell wie möglich aufklären zu können. Der Polizeisprecher betonte, dass die Polizei ihre Pflicht erfüllen werde, gefährdete oder bedrohte Bürger zu beschützen und den Ursprung der Drohungen durch formelle Ermittlungen aufzudecken. CHADEMA lehnte dagegen eine Zusammenarbeit mit den Polizeibehörden ab. Man habe nur zeigen wollen, dass man durch eigene Informanten im Geheimdienst längst über die Pläne informiert sei. Da die Polizei bereits in der Vergangenheit den Hinweisen von CHADEMA nicht nachgegangen sei, sei eine Zusammenarbeit sinnlos. Den Behörden gehe es lediglich darum, die undichten Stellen im Geheimdienst selbst bzw. die Informanten der Opposition zu identifizieren, nicht aber um eine saubere Aufklärung und Strafverfolgung, so Slaa.

Am 9. Juli 2012 diskutierte die Parteispitze auf einer Sondersitzung des Vorstands die aktuelle Entwicklung und Maßnahmen, um die Sicherheit von CHADEMA-Spitzenpolitikern in Zukunft gewährleisten zu können. Im Anschluss bekräftigte Generalsekretär Slaa, dass man nicht mit der Polizei zusammenarbeiten werde, da diese wiederholt unter Beweis gestellt habe, dass sie sich als Werkzeug der Regierungspartei CCM (Chama Cha Mapindunzi, Partei der Revolution) verstehe und daher nicht unab-

hängig und neutral ermitteln könne. So habe die Polizei tatenlos zugesehen, als bei Nachwahlen von Stadträten in der Region Mwanza zwei nationale Abgeordnete von CHADEMA, von mutmaßlichen Anhängern der CCM angegriffen worden seien. Die anschließende Untersuchung des Vorfalls und Suche nach den Tätern sei ebenso ergebnislos verlaufen wie im Falle des lokalen CHADEMA-Politikers im nordtansanischen Arumeru, der im Nachgang zu den dortigen Wahlen Anfang April 2012 von Unbekannten ermordet worden war.

Polizei als Instrument politischer Repression

Die Opposition wirft der Polizei zudem vor, dass sie in Arumeru vor und während der Wahlen in vielfältiger Weise Oppositionspolitiker in ihrer Arbeit behindert und die lokale Bevölkerung eingeschüchtert habe, um sie von einer Unterstützung der Opposition abzuhalten. Bei den Wahlen ging es um ein Abgeordnetenmandat im nationalen Parlament, das nach dem Tod des CCM-Abgeordneten vakant geworden war. Da CHADEMA im Norden des Landes besonders hohe Zustimmung genießt und schon einige Wahlerfolge vorzuweisen hat, die Regierungspartei CCM das Mandat aber auf keinen Fall verlieren wollte, wurde dem Wahlgang als Richtungswahl mit hohem Symbolcharakter und nationaler Aussagekraft große Bedeutung beigemessen. Bereits im Vorfeld deckte die Opposition die Vorbereitungen einer massiven Wahlfälschung auf und konnte letzten Endes die Wahlen klar für sich entscheiden. Als wenige Tage nach dem Wahlsieg einer der profiliertesten Wahlkämpfer und Lokalpolitiker CHADEMAS ermordet wurde, äußerten CHADEMA-Politiker den Verdacht, dass es sich um einen politischen Mord handele, der von Anhängern der Regierungspartei organisiert worden sei und von den Sicherheitsbehörden zumindest gedeckt werde.

Vor diesem Hintergrund machte Slaa nach der jüngsten Vorstandssitzung die Position seiner Partei noch einmal deutlich: Man habe die Öffentlichkeit über die Verfolgungen

und Mordpläne informiert und die Verantwortlichen namentlich benannt. Die Regierung solle daher die genannten Personen selbst befragen, so Slaa vor Journalisten. Wenige Tage später folgten Mbowe und Slaa zwar der Vorladung der Polizei, machten während der Befragung jedoch wie angekündigt keine weiteren Angaben. Über den Verlauf der Ermittlungen wurde seither nichts bekannt.

Dramatische Zuspitzung des Ärztestreiks

Politische Beobachter sehen einen Zusammenhang zwischen dem alarmierenden, öffentlichen Hilferuf CHADEMAS und dem Angriff auf den Vorsitzenden der tansanischen Ärztekammer (Medical Association of Tanzania, MAT), Dr. Stephen Ulimboka. Ulimboka war am 27. Juni 2012 am späten Abend von unbekanntem Tätern verfolgt, in einem Auto entführt und brutal zusammengeschlagen und gefoltert worden. Dabei wurden ihm Fingernägel und Zähne herausgerissen. Es wird davon ausgegangen, dass es sich um einen gezielten Mordversuch handelte, da Ulimboka schwerverletzt und bewusstlos außerhalb Dar es Salaams seinem Schicksal überlassen wurde. Nur durch Zufall war er von einem Passanten entdeckt und ins Krankenhaus gebracht worden.

Die Entführung war Höhepunkt eines monatelangen Arbeitskampfes der Ärzte um bessere Arbeitsbedingungen und Löhne. Ein erster Streik wurde Anfang des Jahres nach Verhandlungen mit der Regierung beendet. Als die zugesagten Maßnahmen und Versprechungen der Regierung nicht eingelöst wurden, rief die Ärztekammer trotz nachdrücklicher Warnungen von Regierungsseite zu einem zweiten Streik auf. Am Vorabend des geplanten Streiks wurde Ulimboka, der führende Kopf des Streiks und der Verhandlungen mit der Regierung, entführt und gefoltert.

Er wurde von der Ärztekammer umgehend nach Johannesburg ausgeflogen, wo er in einem südafrikanischen Krankenhaus behandelt wurde. Die Ärztekammer wandte sich in einem offenen Brief an die UN-

Vertretung in Tansania und bat darum, die Sicherheit Ulimbokas in Südafrika und weiterer bedrohter Vertreter der Ärzteschaft in Tansania zu garantieren. Laut Zeitungsberichten erhoben die Ärzte in dem Schreiben schwere Vorwürfe gegen die Regierung. U.a. informierten die Ärzte die UN darüber, dass anonyme Quellen in der Regierung bestätigt hätten, dass Attentäter nach Südafrika entsandt worden seien, um sicherzustellen, dass Ulimboka nicht lebend nach Tansania zurückkehre. Ulimboka gab noch auf dem Krankenbett in Südafrika, von den Folterungen sichtlich gezeichnet, ein Interview, in dem er den Vorfall ausführlich beschrieb. Er hob dabei hervor, dass seine Folterer ihn wiederholt gefragt hätten, ob er den Ärztestreik im Auftrag der Opposition angezettelt habe, was er verneint habe.

Medien und Opposition weiter unter Druck

Die investigative Tageszeitung Mwanahalisi hatte am 25. Juli unter Verweis auf die Aussagen Ulimbokas und eigene Quellen eine Titelgeschichte veröffentlicht, in welcher der vermeintliche Drahtzieher der Entführung Ulimbokas namentlich benannt wurde. Die Zeitung führte gut nachvollziehbar Beweise und Indizien zusammen, die die Vermutung nahe legten, der Anschlag sei von einem hohen Geheimdienstmitarbeiter im Präsidentenpalast geplant und durchgeführt worden. Die betreffende Person ist seitdem untergetaucht, die Zeitung wurde von der Regierung unter Verweis auf Volksverhetzung umgehend geschlossen. Dabei gab es weder ein Gerichtsurteil, noch hatten Herausgeber und Redakteure von der Staatsanwaltschaft die Gelegenheit zu Stellungnahmen bekommen. Die schweren Vorwürfe, welche die Zeitung gegen die Regierung äußerte, stehen nach wie vor im Raum; die offiziellen Ermittlungen im Fall Ulimboka ergaben bislang kein nennenswertes Ergebnis zu den wahren Drahtziehern. Mitte August kehrte Ulimboka aus Südafrika zurück und wurde am Flughafen in Dar es Salaam von Hunderten von Menschen begeistert empfangen. Mit Spannung wird seitdem erwartet, dass er sich mit Aussagen zu dem Hergang und

Hintergründen seiner Entführung öffentlich zu Wort meldet. In der breiten Bevölkerung, bei Medien und Menschenrechtsgruppen herrscht die Meinung vor, dass Regierun- gstellen den Anführer des Ärztestreiks gezielt ausschalten wollten.

Auch Oppositionsvertreter der CHADEMA äußerten nach dem Bekanntwerden des Vorfalls die Vermutung, dass Regierung und Geheimdienst hinter der Attacke auf Ulimboka stünden. Man habe jedoch nicht nur ihn und die Ärztekammer treffen wollen, sondern auch ein deutliches Warnsignal an CHADEMA aussenden und die öffentliche Reaktion testen wollen, so die Interpretation führender CHADEMA-Vertreter. Der Parteivorstand hat vor diesem Hintergrund auf seiner Sondersitzung beschlossen, die Schutzmaßnahmen für besonders gefährdete Parteimitglieder drastisch zu erhöhen. Oppositionelle Spitzenvertreter erklärten zugleich, dass man sich von Repression und Morddrohungen nicht einschüchtern lassen werde, sondern die Oppositionsarbeit im Parlament und außerhalb unbeirrt fortsetzen werde. John Mnyika ließ verlauten, er werde nicht weglaufen. „Sie sollen mich ruhig umbringen, am Ende wird immer die Wahrheit siegen“, erklärte der 31 jährige Abgeordnete auf Nachfrage von Journalisten.

Über den Sommer ging die Schlacht um die Deutungshoheit in der öffentlichen Debatte weiter. Regierungsnahe Medien bezichtigten CHADEMA, mit haltlosen Vorwürfen internationale Aufmerksamkeit auf sich ziehen und negative Stimmung gegen die Regierung machen zu wollen. Es sei unverantwortlich, solche schwerwiegenden Vorwürfe gegen die Regierung zu erheben, ohne entsprechende Beweise vorzulegen und sich der Zusammenarbeit mit der Polizei zu verweigern, kritisierte ein Leitartikel des regierungsnahen Daily News am 11. Juli 2012. CCM-Politiker werfen der Opposition vor, sie wolle das Land destabilisieren und Unruhen provozieren, um die Regierung zu stürzen. Die Opposition beruft sich dagegen auf eigene, verlässliche Quellen im Geheimdienst und eindeutige Beweise, die sie zum Schutz ihrer Quellen nicht öffentlich machen werde.

Ob es tatsächlich konkrete Anschlagpläne auf führende CHADEMA-Politiker gab oder gibt, kann von externer Seite nicht zuverlässig beurteilt werden. Fest steht jedoch, dass sich die Anzeichen staatlicher Repression seit dem unerwartet guten Wahlergebnis für CHADEMA im Oktober 2010 sichtbar verstärkt haben. Politische Experten beobachten dabei eine klare Korrelation zwischen der rasch zunehmenden Popularität der Opposition und dem Ausbau ihrer landesweiten Partei- und Anhängerstrukturen auf der einen Seite sowie dem Anstieg der staatlichen Repression auf der anderen Seite.

Auffällig ist, dass die Vorfälle sich noch einmal intensiviert haben, seitdem CHADEMA bei den letzten Nachwahlen im April in Arumeru und anderen Regionen deutliche Wahlsiege errungen hat – obwohl die Regierungspartei CCM die gesamten verfügbaren Regierungsressourcen in die Wagschale geworfen hatte. Unabhängige Beobachter berichteten gerade in Arumeru von Wahlgeschenken der Regierung in Form von Nahrungsmittelhilfen, Einschüchterungsversuchen der lokalen Bevölkerung durch Polizei und Regierungsvertreter, einem nicht aktuellen Wahlregister, dem massiven Kauf von Wahlberechtigungsscheinen durch die Regierungspartei, dem Versuch der Wahlmanipulation durch die Etablierung „virtueller“ Wahlstationen und einer intensiven Kampagne, die zahlreiche politische Schwergewichte der CCM in den Norden führte. Dieser Einsatz reichte am Ende dennoch nicht aus, um den Wahlsieg in einem Wahlkreis zu erringen, der bislang von der Regierungspartei gehalten worden war.

Wachsende Zustimmung für CHADEMA – Mobilisierung durch „Movement for Change“

Gerade die Wahl in Arumeru führte bei der CCM zur Erkenntnis, dass erstmals seit der Unabhängigkeit 1961 die nächsten nationalen Parlaments- und Präsidentschaftswahlen 2015 ein offenes Rennen werden könnten. Die Möglichkeit, dass eine Koalitionsregierung unter Einbindung von CHADEMA not-

wendig werden könnte, wird innerhalb der Regierungspartei hinter vorgehaltener Hand offenbar bereits als realistische Option diskutiert, wie Medien unter Berufung auf CCM-Quellen berichteten. Während die Angst vor dem drohenden Machtverlust die Regierungspartei sichtlich beunruhigt, verleihen die letzten Wahlgänge CHADEMA Energie und Zuversicht. Angeführt von ihrem Vorsitzenden Mbowe und dem Generalsekretär Slaa wurde im Juni in Dar es Salaam die M4C-Kampagne – Movement for Change – ins Leben gerufen. Seit dem Startschuss im Juni fährt ein Tross mit CHADEMA-Vertretern durch das Land, um die Partei und ihr Programm in allen Landesteilen bekannt zu machen. Die öffentlichen Veranstaltungen – auf dem Lande sind Versammlungen und Kundgebungen nach wie vor das wirkungsvollste Medium der politischen Kommunikation, Zeitungen und Fernsehen sind dort wenig verbreitet - erhalten großen Zulauf. Im Juli führte die sogenannte „Operation Sangara“ CHADEMA in den tiefen Süden Tansanias nahe der mosambikanischen Grenze. Selbst hier, dem traditionellen Stammland der Regierungspartei, wurden innerhalb weniger Tage zahlreiche neue Parteimitglieder gewonnen und Ortsverbände aufgebaut.

Der Erfolg dieser Strategie der Opposition provozierte heftige Gegenreaktionen der Regierungspartei und des Sicherheitsapparats. Immer häufiger wurden zuletzt öffentliche Veranstaltungen von CHADEMA verboten und durch die Polizei aufgelöst. Dabei gilt in Tansania das in der Verfassung verbrieftete Recht auf Versammlungs- und Meinungsfreiheit. Demonstrationen müssen zwar angemeldet werden, um die notwendigen Sicherheitsmaßnahmen vor Ort treffen zu können, bedürfen aber laut Gesetz keiner polizeilichen Genehmigung. Dennoch werden die Veranstaltungen de facto immer öfter unter Verweis auf die Gefährdung der öffentlichen Sicherheit von der Polizei verboten, oft erst kurz vor Veranstaltungsbeginn. Ende August wurde im 200 km westlich von Dar es Salaam entfernten Morogoro ein Zeitungsverkäufer getötet, als eine dieser „nicht genehmigten“ Demonstrationen

von CHADEMA gewaltsam aufgelöst wurde. Während vor Ort anwesende Oppositionspolitiker aussagten, dass die Person von der Polizei erschossen worden sei und vier weitere Demonstranten Schusswunden erlitten hätten, weist die Polizei dies zurück. Der ersten Darstellung der Polizei, das Todesopfer sei fern der eigentlichen Auseinandersetzungen von Sicherheitskräften und Demonstranten ums Leben gekommen, wird in der tansanischen Öffentlichkeit wenig Glauben geschenkt. Eine vorläufige polizeiliche Untersuchung hatte laut Zeitungsberichten ergeben, dass die Person von einem „schweren fliegenden Gegenstand“ am Kopf getroffen worden sei. Eine weitere Untersuchung des Vorfalls durch die Behörden brachte bislang kein Ergebnis.

Nachdem CHADEMA eingewilligt hatte, wegen der nationalen Volkszählung ihre politische Tournee in der Zentralregion Iringa für mehrere Tage zu stoppen, wurden die Aktivitäten Anfang September wieder aufgenommen. Da die Frist für die Volkszählung verlängert worden war, hatte die Polizei die geplanten Kundgebungen jedoch erneut verboten. Unter Verweis auf die internen CCM-Wahlen, die landesweiten Anhörungen der Verfassungsreformkommission und den Wahlkampfauftakt der CCM in Sansibar, die anders als die CHADEMA-Aktivitäten nicht wegen des Zensus verboten worden waren, erklärten CHADEMA-Vertreter, ihr verfassungsgemäßes Recht auf Versammlungsfreiheit trotz polizeilichen Verbots wahrnehmen zu wollen. Statt einer öffentlichen Kundgebung sollte ein neues CHADEMA-Büro in dem Dorf Nyololo eingeweiht werden; der Charakter der Veranstaltung wurde als parteiintern bezeichnet. Nichtmitglieder waren offiziell nicht zugelassen.

Dennoch attackierte die Polizei die vor dem Haus versammelten CHADEMA-Mitglieder mit Tränengas und löste die Versammlung unter Einsatz von Gewalt auf. Augenzeugen berichteten, dass sich die versammelten Mitglieder auf Anweisung ihrer Anführer zuvor auf den Fußboden gesetzt hatten, um ihre Wehrlosigkeit zu demonstrieren und passiven Widerstand zu leisten. Das neue

Büro wurde – wie Zeitungsbilder und YouTube-Videos belegen – von Polizeieinheiten umstellt, die zahlreiche Tränengasgranaten durch die Fenster in den Versammlungsraum schossen und herauslaufende Personen mit dem Schlagstock attackierten. Betroffene Oppositionspolitiker berichteten von dramatischen Szenen und brutaler Gewalt durch die Sicherheitskräfte. Nach übereinstimmenden Medienberichten ereignete sich 100m von dieser Szene entfernt auch die Erschießung des Reporters Daudi Mwangosi.

Öffentliche Reaktionen

Die Erschießung Mwangosis wurde durch zahlreiche Augenzeugenberichte und das Foto, das sich am nächsten Tag auf der Titelseite der Tageszeitung Mwananchi befand, bestens dokumentiert. Die Täter sind klar erkennbar. Der Vorfall rief bei Journalisten, Menschenrechtsgruppen und Opposition aber auch bei der informierten Bevölkerung Bestürzung und Entsetzen hervor. Die Debatte um den Vorfall und die Verantwortlichen bestimmte seither die Medien und die öffentliche Debatte Tansanias. Mit dem früheren Premierminister Frederick Sumaye meldete sich auch ein prominenter CCM-Politiker zu Wort und verurteilte die exzessive Gewaltanwendung der Polizei scharf. Sumaye äußerte tiefes Bedauern über die beiden jüngsten Todesfälle und forderte eine schnelle Aufklärung. Er warnte, dass solche Überreaktionen zu Hass und Chaos führen könnten, anstatt zu friedlichen Lösungen.

Der Innenminister Dr. Emanuel Nchimbi hatte nach dem Vorfall dagegen öffentlich erklärt, dass sich der Tod des Journalisten ereignet habe, als einer der Polizisten „einen Fehler bei der Handhabung einer Tränengaskartusche“ gemacht habe. Er versuchte in seinem Statement, CHADEMA indirekt für den Tod verantwortlich zu machen, weil ihre Kundgebungen zu Gewalt und Todesopfern führten. In die gleiche Richtung argumentierte der – qua Amt eigentlich unparteiische - Registrator der politischen Parteien, John Tendwa. Er drohte CHADEMA an, der Partei die Registrierung

zu entziehen, weil sie die Bevölkerung aufhetze und ihre Kundgebungen die öffentliche Sicherheit bedrohten. Ähnliche Argumentationsmuster zeigten sich auch bei anderen Mitgliedern der Regierungspartei.

Menschenrechtsgruppen, NGOs und sämtliche Verbände im Bereich Journalismus und Medien verurteilten dagegen die Ermordung Mwangosis einhellig und forderten eine unabhängige Aufklärung und Bestrafung der Täter. Landesweit solidarisierten sich Medienvertreter durch das Tragen schwarzer Kleidung, um ihrem Protest Ausdruck zu verleihen. In Dar es Salaam und mehreren anderen Städten wurden öffentliche Protestmärsche abgehalten. Der Versuch des Innenministers, sich an einer solchen öffentlichen Solidaritätsbekundung in Dar es Salaam zu beteiligen, wurde von den Journalisten empört zurückgewiesen.

CHADEMA selbst brach die geplante Tour und weitere politische Aktivitäten in der Region Iringa zunächst ab und rief den Parteivorstand in Dar es Salaam erneut zu einer Dringlichkeitssitzung zusammen. Den Vorstandsmitgliedern wurden Fotos und Videos der gewaltsamen Auflösung ihrer Veranstaltungen gezeigt. Die Teilnehmer zeigten sich anschließend angesichts der Bilder schockiert und tief betroffen. Der Parteivorsitzende Mbowe verurteilte danach auf einer Presskonferenz scharf die Ermordung Mwangosis und das brutale Vorgehen der Polizei gegen die eigenen Parteimitglieder. Er forderte die Regierung auf, eine unabhängige Untersuchungskommission einzurichten und die Verantwortlichen zur Rechenschaft zu ziehen. Zudem forderte er den Innenminister und Polizeipräsidenten zum Rücktritt auf. Mbowe machte zugleich deutlich, dass CHADEMA sich nicht durch staatliche Gewalt einschüchtern lasse. Man werde weiter für Demokratie und Menschenrechte eintreten und das Recht auf freie Meinungsäußerung und Versammlung auch künftig wahrnehmen. Während Regierungs- und Oppositionsvertreter den Tod des Journalisten kommentieren und um die öffentliche Deutungshoheit der Ereignisse ringen, hat sich der tansanische Präsident Jakaya

Kikwete bislang noch nicht zu den Vorfällen geäußert.

Weitere Eskalation politischer Gewalt befürchtet

Betrachtet man die Entwicklung der letzten Monate und die Eskalation der Ereignisse Anfang September, wird deutlich, dass es sich bei der Erschießung des Journalisten keinesfalls um einen Einzelfall oder eine einmalige Überreaktion der Polizei handelte. Politische Beobachter sehen in dem tragischen Vorfall vielmehr die fast schon logische Fortsetzung bzw. den traurigen Höhepunkt einer Entwicklung, die spätestens mit dem Wahlerfolg der Opposition im Oktober 2010 ihren Anfang genommen hat. Hauptziel der staatlichen Repression ist die größte tansanische Oppositionspartei CHADEMA und ihre Anhänger. Doch wie der Fall Ulimboka, Mwangosi und andere belegen, sind auch unabhängige, regierungskritische Stimmen, die nicht unmittelbar CHADEMA zuzuordnen sind, keineswegs sicher.

Gelang es der Regierung über lange Zeit, einen Teil der eigenen Bevölkerung und die internationale Gemeinschaft glauben zu machen, die Gewalt ginge von der Opposition aus, die Chaos im Land säen wolle, wurde diese Fassade spätestens durch die Bilder von der Erschießung Mwangosis entlarvt. Die Strategie von Regierungsvertretern, die Opfer der Repression zu kriminalisieren und die Opposition für die Gewalt im Land verantwortlich zu machen, trägt nicht mehr. Der tragische Tod Mwangosis zog einen breiten Solidarisierungseffekt nach sich. Die Koalition derjenigen, welche die Unterdrückung der Meinungsfreiheit öffentlich anprangern und die tansanische Regierung zum Schutz der Grundrechte ihrer Bürger auffordern, ist inzwischen weit über den Kreis der politischen Opposition hinaus angewachsen. Journalisten, Medienvertreter, Ärzteschaft, Lehrer, Menschenrechtler und andere gesellschaftliche Organisationen üben scharfe Kritik am Vorgehen der Sicherheitskräfte und machen die Regierung verantwortlich. Der öffentliche Druck führte inzwischen dazu, dass der Polizist, der den

Konrad-Adenauer-Stiftung e.V

TANSANIA

STEFAN REITH

September 2012

www.kas.de/tansania

tödlichen Schuss auf Mwangosi abgab, festgenommen und vor Gericht gestellt wurde. Auch wenn das Verfahren noch nicht abgeschlossen ist, ist es zumindest bemerkenswert, dass damit erstmals ein Mitglied der Sicherheitskräfte per Gerichtsverfahren zur Rechenschaft gezogen wird.

Politische Beobachter bleiben dennoch skeptisch, ob damit eine Trendwende eingeleitet ist. Ein Rückgang der staatlichen Repressionswelle ist mittelfristig nicht in Sicht. In einem lesenswerten Meinungsartikel warnte Generali Ulimwengu, einer der bekanntesten Journalisten des Landes, vor einer drohenden Katastrophe 2015. Dann stehen die nationalen Parlaments- und Präsidentschaftswahlen an. Wenn Sicherheitskräfte schon bei so geringfügigen Anlässen wie in Iringa nicht davor zurückschreckten, unter Anwesenheit von Journalisten und Kameras wehrlose Menschen zu töten, lasse dies für 2015 das Schlimmste befürchten. Kassandrarufe dieser Art mehren sich. Angesichts der letzten Entwicklungen bleibt zu hoffen, dass sich alle handelnden Akteure ihrer Verantwortung für eine friedliche Zukunft des Landes bewusst werden.